

1. Förderung von psychischer Gesundheit in der Bevölkerung durch Prävention

1.1. Welche Rolle nimmt das Thema psychische Gesundheit in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern ein?

Das Aktionsbündnis für Gesundheit, ein Zusammenschluss von über 40 Akteur*innen mit gesundheitsförderlichem bzw. präventivem Bezug, hat für unser Land Gesundheitsziele entwickelt. Die Gesundheitsziele bilden eine Grundlage für die Priorisierung, Konzeptionierung und Umsetzung der Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Prävention. Wir werden die nach Lebensphasen gegliederten Gesundheitsziele in der Gesundheitspolitik aktiv und geschlechtergerecht umsetzen, da wir Prävention für einen Schlüssel für ein gesundes Mecklenburg-Vorpommern halten.

Die psychischen Belastungen werden voraussichtlich in den nächsten Jahren in vielen Lebenswelten zunehmen. Wir werden daher Ansätze unterstützen, die zu mehr Arbeitnehmer*innenschutz und zu mehr Prävention führen.

1.2. Welche konkreten sozial- oder gesundheitspolitischen Initiativen sind Ihrerseits geplant, um sowohl präventive Maßnahmen hinsichtlich der Förderung von psychischer Gesundheit als auch Bedarfsanalysen hinsichtlich der Unterstützungsnetzwerke und den Zugang zu bestehenden Unterstützungsangeboten in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen?

Die Versorgung mit Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen ist dringlich zu verbessern. Hierzu bedarf es einer Ausweitung der Niederlassungsmöglichkeiten für psychologische und medizinische Psychotherapeut*innen in Mecklenburg-Vorpommern.

Ganz generell setzen wir uns für eine moderne und gemeindenahe Psychiatrie ein, die speziell auch Kinder und Jugendliche sowie Ältere gut versorgt und über gut eingebundene Institutsambulanzen verfügt.

Die nach Lebensphasen gegliederten Gesundheitsziele in der Gesundheitspolitik umfassen u. a. die Sicherstellung kontinuierlich verfügbarer landesweiter Angebote zur Förderung der psychischen Gesundheit und Entwicklungsförderung, die Senkung arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen und nicht zuletzt die Förderung der psychischen Gesundheit. Für die Umsetzung der Gesundheitsziele werden wir uns stark machen.

2. Abbau der Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen

2.1. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um Menschen mit einer Psychiatrieerfahrung derartige Beteiligungschancen zu eröffnen?

Unser Land, unsere Kreise, unsere Städte und Dörfer brauchen die Erfahrungen aller Menschen. Deshalb ist es auch notwendig, dass sich Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen beteiligen und vor Ort aktiv mitgestalten. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, möglichst viele Menschen für das Engagement auf Bundes- und Landesebene sowie kommunaler Ebene zu gewinnen. Wir werden weiterhin für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen offen sein und mit ihnen Erfahrungen und Wünsche für eine gute Entwicklung unseres Bundeslandes erörtern.

2.2. Inwiefern haben Sie den Abbau von gesellschaftlicher Stigmatisierung in Ihrer Sozialpolitik mit aufgenommen?

Wir treten für eine Gesellschaft ein, die von gegenseitigem Respekt getragen wird. Eine Gesellschaft, die, frei von Vorurteilen, alle Bürger*innen gleichermaßen respektiert. Wir wollen eine Gesellschaft des Zusammenhalts und stellen uns Hass und Hetze, jedweder Art von Ausgrenzung und Diskriminierung und dem Erstarken rechtsextremer Kräfte mit aller Entschiedenheit entgegen. Wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist uns ein gemeinsames Miteinander, anstelle von Ausgrenzung. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass gesellschaftliche Barrieren für Menschen mit psychischen Erkrankungen nachhaltig abgebaut werden.

3. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern

- 3.1. Welche Handlungsbedarfe sehen Sie bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern und wie wollen Sie sich programmatisch in der Landespolitik damit einbringen?
- 3.2. Welche gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen planen Sie für eine bedarfsgerechte, personenzentrierte psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern?
- 3.3. Sind von Ihrer Seite sozial- oder gesundheitspolitische Initiativen beabsichtigt, welche die oben beschriebene Versorgungsproblematik verbessern?

Die Fragen 3.1., 3.2. und 3.3. werden zusammengefasst beantwortet.

Mit der Weiterentwicklung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes und der Fortschreibung des Maßnahmeplans der UN-Behindertenrechtskonvention haben wir in dieser Wahlperiode gemeinsam und erfolgreich Regelungen und Maßnahmen getroffen, die dazu beitragen, dass Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Diesen Weg werden wir auch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit dem Integrationsförderrat beschreiten. Bereits im Maßnahmeplan wird deutlich, dass es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt, die einer konsequenten Fortschreibung und Überprüfung bedarf. Diese wollen wir auch in der nächsten Legislaturperiode weiter vorantreiben. Auf die Maßnahmen zur psychiatrischen und psychologischen Versorgung sind wir bereits in vorhergehenden Fragen eingegangen

4. Umsetzung Bundesteilhabegesetz in Mecklenburg-Vorpommern

- 4.1. Welche Rolle spielt die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Ihrer Sozialpolitik?
- 4.2. Gibt es politische Initiativen von Ihrer Seite, die eine einheitliche Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Mecklenburg-Vorpommern fördern?
- 4.3. Wie sorgen Sie in Ihrer Sozialpolitik für die Beachtung der besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen im konkreten Umsetzungsprozess in Mecklenburg-Vorpommern?

Die Fragen 4.1., 4.2. und 4.3. werden zusammengefasst beantwortet.

Das Bundesteilhabegesetz wurde in dieser Legislaturperiode umgesetzt und eröffnet den Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Die Umsetzung ist für die Sozialdemokratie ein Meilenstein bei der Neustrukturierung der Eingliederungshilfe. Durch die umfangreiche Reform mit der personenzentrierten Leistungserbringung erfolgt eine bedarfsgerechte und zielgenaue Förderung. Selbstverständlich müssen wir auch die Reform immer wieder auf den Prüfstand stellen und für mögliche Verbesserungen kämpfen. Aus diesem Grund treten wir dafür ein, dass die Ermittlung der Bedarfe in einem Integrierten Teilhabeplan MV und die Leistungsgewährung landeseinheitlich und transparent erfolgen.

Inklusion als die grundsätzliche Haltung der Wertschätzung der Vielfalt der Gesellschaft gilt es in dieses hineinzutragen. Die Wichtigkeit von Inklusion ist in den vergangenen Jahren immer mehr auf große Akzeptanz gestoßen. An der Hochschule Neubrandenburg sind über die Jahre mit dem Frida-Nadig-Institut für Inklusion und Organisationsentwicklung, der Inklusionswerkstatt Mecklenburg-Vorpommern, dem Studiengang Organisationsentwicklung und Inklusion sowie dem landesweiten Modellprojekt „Inklusive Bildung Mecklenburg-Vorpommern“ mehrere Initiativen und Projekte entstanden, die das Verständnis von Inklusion und Methoden zur Umsetzung fachpraktisch vermitteln. Wir wollen uns dafür einsetzen und prüfen, wie sich diese Angebote bündeln und stärken lassen, um Mecklenburg-Vorpommern noch inklusiver zu machen.

5. Überwindung der Schnittstellenproblematiken in der Versorgung von Kindern und jungen Erwachsenen mit psychischen Belastungen

- 5.1. Gibt es in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik Initiativen, um die sehr starke fragmentierte Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen in Mecklenburg-Vorpommern hin zu mehr Flexibilität zu verbessern?

Gerade die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen liegt allen ganz besonders am Herzen. Die Gesundheitsziele für Kinder und Jugendliche haben hohe Priorität. Im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin haben wir in den letzten Jahren große Anstrengungen unternehmen müssen, die geburtshilfliche, fachärztliche und stationäre Versorgung sicherzustellen. Die Verzahnung von ambulant und stationär ist in diesem Bereich längst Realität. Auch die Versorgungsangebote für Kinder und Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen wollen wir im Sinne der Gesundheitsziele gemeinsam mit den Akteuren im Gesundheitssystem verbessern.

- 5.2. Inwiefern unterstützt Ihre Politik aktiv die Entwicklung von neuen Unterstützungsangeboten und die Weiterentwicklung von bestehenden Unterstützungsangeboten für Kinder – und Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen?

Die Weiterentwicklung der Unterstützungsstrukturen werden wir voranbringen. Wir werden die ambulante und integrierte psychotherapeutische Versorgung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene stärken, damit sie niedrigschwellig und ohne lange Wartezeiten allen zugänglich ist.

6. Aufwertung der Gesundheits- und Sozialberufe in Mecklenburg-Vorpommern

- 6.1. Wird das Thema psychische Gesundheit und Arbeit in Ihrer Politik aufgeworfen?
- 6.2. Gibt es bei Ihnen konkrete Initiativen, die präventive Maßnahmen zur psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz unterstützen?

Die Fragen 6.1 und 6.2 werden wie folgt beantwortet: Arbeit darf weder arm noch krank machen. Deshalb unterstützen wir mit den Gewerkschaften die Forderung, dass Arbeits- und Gesundheitsschutz als Kernarbeitsnorm der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufgewertet werden. Auch werden wir das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten Nationen ratifizieren, um Beschwerdeverfahren zur Einhaltung der Rechte des Paktes zu ermöglichen.

Die SPD steht für gute Arbeit. Dabei geht es nicht nur um Tariflöhne, sondern auch um gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören u. a. ausreichend Erholungszeiten, eine angemessenen Arbeitsumgebung, eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Stärkung des mobilen Arbeitens und nicht zuletzt ein betriebliches Gesundheitsmanagement.

- 6.3. Werden die Gesundheits- und Sozialberufe in Ihrer politischen Agenda insgesamt berücksichtigt und damit deren gesellschaftliche Relevanz auch außerhalb von Pandemie und Krisenzeiten notwendigerweise aufgewertet?

Im gesamten Gesundheitssystem existiert ein Fachkräftemangel. Vor diesem Hintergrund wurde auf Initiative der SPD-Fraktion im Landtag die Enquetekommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt, die sich u. a. intensiv damit beschäftigt hat, wie dem Fachkräftemangel begegnet kann. Eine Empfehlung der Kommission ist bspw. alle Ausbildungsberufe der medizinischen Versorgung kostenfrei zu stellen. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass weitere Anreize nötig sind, um die Attraktivität der Berufe zu steigern. Hierbei geht es um eine verlässlichere Arbeitsplanung, Entlastung bei der Bürokratie, Digitalisierung, Möglichkeiten der Delegation sowie der Substitution, geringere Arbeitsbelastung sowie eine bessere Vergütung. Wir werden diese Ansätze der Enquete-Kommission in unserer Gesundheitspolitik berücksichtigen.

7. Psychiatrieentwicklung und –planung

7.1. Inwiefern finden die Evaluation und Weiterentwicklung des Psychiatrieplanes Stellenwert in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik?

Der Psychiatrieplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist seit vielen Jahren eine wesentliche Grundlage für die Gestaltung des psychiatrischen Hilfesystems im Land. Er wurde gemeinsam mit vielen Vereinen, Verbänden und Betroffenen erarbeitet und hat sich in der Vergangenheit bewährt. Wir werden prüfen, ob der Psychiatrieplan den aktuellen Hilfebedarfen von Menschen mit psychischen Erkrankungen noch gerecht wird.

7.2. Wie bewerten Sie die Verortung von Themenstellungen mit ministeriell übergreifendem Charakter bzw. welche Lösungen sehen Sie dafür in einer zeitgemäßen Landesverwaltung?

Es ist bereits gängige Praxis für themenübergreifende Fragestellungen, interministerielle Arbeitsgruppen zu bilden. Das wird fortgesetzt.